

**Max Planck Institut
für Gesellschaftsforschung**

**Was erwartet die Politik
von der Wissenschaft
und was nicht?**

Keynote

Bodo Hombach

Verehrte Damen und Herren,

für die Einladung zu diesem Treffen danke ich. Sie zwingt – nein, sie lockt mich, über eine zu wenig diskutierte Schlüsselfrage nachzudenken:

„Was erwartet die Politik von der Wissenschaft – und was nicht?“

Vorab ein Suchscheinwerfer.

Hochtechnisierte Zivilisation in offener Gesellschaft entfaltet sich im Dreieck Politik – Wissenschaft – Kultur.

Jede Wissenschaft ist auch Politik. Das wissen wir spätestens seit dem Atomblitz über Hiroshima. Politik verliert sich ohne wissenschaftliche Fundierung im Wolkenkuckucksheim und in Parolen. Beides bleibt sinnlos und leer, wenn es sich nicht in Kultur verwandelt, in ein humanes Genom oder soziales Gefüge, in dem sich Kräfte und Begabungen jedes Einzelnen entfalten können. Seine Träume von Glück und Erfüllung im schmalen Zeitspalt seines – vermutlich einzigen – Lebens sollen auch Platz haben.

Gesellschaft ist ein komplexes Ensemble unzähliger Einzelheiten, Objekte, Ideen, Kräfte. Sie organisieren sich im verfügbaren Raum. Sie sind auf ständiger Suche nach einem dynamischen Gleichgewicht. Es muss auf plötzliche Attacken von außen mit Spannkraft reagieren. Hier scheint die politische Aufgabe eine Art „geistiger Logistik“ zu sein, um zeitgerecht zusammenzuführen. In einem funktionierenden System sind Krisen nicht Katastrophen. Sie sind belebende Herausforderung. Sie setzen Kräfte frei. Auch solche, von denen man nichts ahnte. Sie leuchten in dunkle Exklaven. Sie öffnen Türen, die verschlossen schienen.

Die neue Bewegung und Begegnung erinnert daran, dass alles miteinander zu tun hat und aufeinander angewiesen ist. Das hat Spielcharakter.

Wir wissen, wie aussagestark die Erkenntnisse moderner Spieltheorie für Politik, Wissenschaft und Kultur sind. Es ist aber nicht Spiel. Es hat tiefen Ernst.

Ich schließe meine Präambel mit einer dramatischen Anekdote: Im Klassiker „Heller als tausend Sonnen“ berichtete Robert Jungk von der Entwicklung der Wasserstoffbombe. Vor der ersten Zündung gab es eine Episode von mythischer Wucht. Im abgeschlossenen Zirkel der Wissenschaftler und Militärs war neue Sorge aufgekommen. Die Bombe, warnten einige, könne Zündfunke für eine globale Kernschmelze sein, die alles Leben auf der Erde auslöscht. Man forderte den Physiker Gregory Breit auf, den Wahrscheinlichkeitsgrad dieser ultimativen Katastrophe auszurechnen. Eine solche Verantwortung wollte der nicht übernehmen. Man hätte einen anderen – weniger guten Wissenschaftler – beauftragt. – Breit lenkte ein. – Er rechnete.

Nach Wochen kam er zu dem Ergebnis, dass ein solches Ereignis mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht eintreten werde. Ausschließen mochte er es nicht. Die Wissenschaftler standen unter Diktat der Politik. Sie haben es gewagt. Ein kleines Konsortium der Gattung Homo sapiens setzte die Existenz der Menschheit auf die eine Karte, dass sich ein Wissenschaftler nicht verrechnet hatte. Man tröstete sich mit dem winzigen Eintrittsrisiko der finalen Katastrophe. Draußen in der Welt ahnte niemand etwas.

Ein grelles Beispiel für die **Verzahnung von Wissenschaft und Politik**.

Aber es geht nicht immer ums Ganze. Der Alltag hat volatilere Erregungskurven. Geduldige Reihentests im Labor sind langweilig. Schauplatz von Wissenschaft ist nicht die einsame Alchimistenküche. Heute sind das hoch verdichtete Werkstätten. „Heureka – Ich hab's!“ passiert selten. Ergebnisse werden von Teams gefunden. Weltweit vernetzt mit anderen Instituten. Der am Ende fällige Nobelpreis ist ein romantisches Überbleibsel. Der Ruhm des Einzelnen gebührt ebenso Mitarbeitern, Vorläufern und Handlangern.

In einer offenen Gesellschaft werden die möglichen Probleme zwischen Wissenschaft und Politik früher sichtbar. Im Diskurs der Öffentlichkeit können sich Konflikte schnell erhitzen, auch rasch wieder abkühlen. Schädlichen Auswirkungen kann man leichter ausweichen.

Was erwartet die Politik von der Wissenschaft und was nicht?

Konkrete Erfahrungen.

Zunächst einmal: Sie soll ihre Arbeit tun. Ein Appell von großer Banalität. Die menschliche Neugier ist nicht zu bändigen. Keine Macht der Welt kann sie auf Dauer unterdrücken. Die Politik tut gut daran, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, Ausbildung zu fördern und Etats zu sichern. Wahr ist: Es gibt keine „wertfreie“ Wissenschaft. Die Politik erwartet deshalb vom Wissenschaftler (zu Recht), was sie von jedem Bürger erwartet, der in seinem Wirkungskreis Einfluss hat: Verantwortung.

Ich erinnere mich an konkrete Zusammenarbeit: Als Parteigeschäftsführer bei Johannes Rau konnte ich einen Wissenschaftlichen Beirat gründen. Zwölf wunderbare, zum großen Teil heute noch aktive Wissenschaftler. Das war keine Auskunft für politische Saisonartikel. Der Beirat sollte und konnte gründlich nachdenken über ein verstörtes Land. Nordrhein-Westfalen und besonders das Ruhrgebiet litten unter der Strukturkrise. Von allen Betrieben und den Bewohnern wurden schmerzhaft Abschiede gefordert. Von ihnen wurde ein dramatischer Sturz in die Zukunft erwartet. In enger Kommunikation von Wissenschaft und Politik gelang eine fundierte Bestandsaufnahme von Fakten und Faktoren. Eine tiefe Sondierung in die Realität und auch Seelenlandschaft der Leute. Wenn ich die zahlreichen damaligen Publikationen heute in die Hand nehme, staune ich über fortdauernde Gültigkeit unserer Erkenntnisse. Auch über den Mut, mit dem unbequeme Wahrheiten artikuliert wurden.

Nicht zuletzt auf dieser wissenschaftlichen Basis konnte die Politik ein „Wir in NRW“ formulieren. Wichtiger noch war das inhaltliche Konzept für eine sozial- und wirtschaftspolitische Reformpolitik. Es hatte nicht nur wahlkämpferischen Impakt, sondern auch gute soziale Gründe. Es bescherte dem Bindestrich-Land ein Gefühl von Zusammengehörigkeit und Schicksalsgemeinschaft. Es wirkte dem drohenden Zerfall in Apathie und Provinzialismus entgegen. Zehnjährige Vorarbeit für ein Reformkonzept. Es sollte, wie seinerzeit „Godesberg“, in der Sozialdemokratie eine gründliche, klärende Diskussion auslösen und ermöglichen.

Im Kanzleramt unter Gerhard Schröder war es gelungen, die engsten und vertrautesten Berater der europäischen Staatschefs und Bill Clintons an einen Tisch zu holen. Nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Schemas standen alle vor einer kaum lösbaren Formel: schrumpfende Wirtschaft, demografische Entwicklung, schwankende Sozialsysteme und Risiken und Chancen der Globalisierung.

Wir erlebten Phasen von höchster Konzentration und intensiver Kommunikation. Die Gruppe entwickelte mit dem kühlen Kopf der Wissenschaft und dem heißen Herzen der Politik gemeinsam ein Konzept mit Weitblick.

Dann passierte, was in den Formeln nicht vorgekommen war: Durch den albernen Fehlgriff eines ignoranten Diplomaten geriet das Papier zur falschen Zeit am falschen Ort unvorbereitet an die Öffentlichkeit. Eine parteipolitisch vernagelte britische Zeitung und durch die Umstände der Veröffentlichung beleidigte deutsche Korrespondenten witterten Unrat. „Neoliberal“ sei es, schrieben sie eilig. Der Maggi-Würfel aus Ignoranz war schnell in den brodelnden

Topf eingeworfen. Folgende Demagogie und Verschwörungstheorien vernichteten die Lebenschancen des Konzeptes vor seiner Geburt. Das differenzierte Ergebnis zehnjähriger wissenschaftlicher Beratung im europäischen Maßstab schrumpfte für die Öffentlichkeit zum „Schröder-Blair-Papier“, bevor es die europäischen Parteien überhaupt zur Kenntnis nehmen konnten. Es wurde ein wenig gelesener, aber massiv verteufelter Text.

Über das Schicksal des „Bündnis für Arbeit“ im Kanzleramt rede ich nicht, um den verehrten Prof. Dr. Streeck nicht unnötig – aber durchaus nachvollziehbar – aufzuregen. Dass sich im Agenda-Prozess 2010 Fragmente finden, ist nur schwacher Trost.

Gegenwärtig versuchen die Franzosen ihr Glück mit ähnlichem Konzept. Pierre Moscovici – heute Finanzminister – war damals in unserer Diskussionsgruppe. Heute wächst mein Eindruck, dass die wichtigsten Erkenntnisse von damals doch noch Boden gewinnen. Viel kostbare Zeit ging verloren.

Ein anderes Beispiel ist mir in guter Erinnerung: Dr. Jürgen Rüttgers hatte eine Zukunftskommission NRW zusammengerufen. Dort begegneten sich Exponenten aller Großgruppen, Wissenschaftler und Politiker. Die sollten sich das Land im Jahr 2025 vorstellen. Alle hatten das Bewusstsein, dass nicht nur sachliche Zeitansage, sondern auch utopisches Denken Entwicklung vorantreibt. Wir hielten es wie Brechts „Herr K.“ Gefragt, wie es sei, wenn er einen Menschen liebe, antwortet er: „Ich mache mir ein Bild von ihm und Sorge dafür, dass er ihm ähnlicher wird.“

Unter der inspirierenden Leitung von Ralf Dahrendorf – dessen Stellvertreter ich sein durfte – entstanden Denklinien und Entwürfe. Brauchbar, auch in den Niederungen des Alltags. Das war wissenschaftliche Beratung auf der Höhe ihrer Möglichkeiten. Einen Regierungswechsel hat es nicht überstanden. Wir waren uns der Problematik allzu kerniger Prognosen bewusst. Karl Popper hat gelehrt, dass wir heute noch nicht wissen können, was wir morgen wissen werden.

Jede Entwicklung basiert auf der Entwicklung des Wissens. Zurzeit erlebe ich das Thema „Politik und Wissenschaft“ wieder auf neue und intensive Weise: Ein Bündnis aus 71 Unternehmen – der Initiativkreis Ruhr – will der Region neue Perspektiven eröffnen. Es entwickelt ehrgeizige Projekte im engen Tanzschritt von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Universitäten und andere Forschungseinrichtungen liefern Erkenntnisse und Hypothesen. Sie begleiten und evaluieren die Arbeit.

Das RWI hat einen Kooperationswettbewerb vorgeschlagen. Der ermuntert, schädigende Konkurrenz zu meiden und lieber auf nützliche Zusammenarbeit zu setzen. Ein großer Erfolg und Anstoß zum Paradigmenwechsel im Revier.

Ein anderes Beispiel: InnovationCity Ruhr: Ein bestaunenswertes Projekt in Bottrop. Der Bundespräsident war letzte Woche da. Dort macht Wissenschaft die Ergebnisse nachhaltig und übertragbar. Das hebt eingesetzte Gelder und Ressourcen.

Ein letztes Beispiel aus persönlicher Anschauung: Ich erlebe die Gründungsphase der Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik an der Universität Bonn. Ihr Konzept ist nicht gelegentliches „Durchrauschen“ von Funktionsträgern aus der Praxis. Medienmenschen, Politiker, Wirtschaftsführer und andere verraten ihre Alltagserfahrungen. In der BAPP sind Wissenschaft und Praxis Doppelsterne. In jedem Projekt und in jeder Veranstaltung suchen sie das Gleichgewicht. Sie bilden ein gemeinsames System. Wichtiges geschieht im Zwischenraum.

Was erwartet die Politik von der Wissenschaft und was nicht?

Reduktion von Komplexität.

Es gibt den schrecklichen Vereinfacher. Das Brett vor dem Kopf bedeutet ihm die Welt. Es gibt aber auch den klugen Vereinfacher und weisen Könner. Nach mühseligem und kurvenreichem Aufstieg hat er seinen Gipfel erreicht. Er hat Überblick.

Bürger und Politik leiden unter enormer Komplexität heutiger Vorgänge. Die FAZ sprach von der „Komplexitätsfalle“, in der wir steckten. Gesetzesbündel, die uns Monat für Monat um die Ohren fliegen, werden kaum von einem lebenden Menschen durchschaut.

Wissenschaftliches Arbeiten erhöht zunächst Komplexität. Im Mikroskop tauchen Feinstrukturen auf. Der Experte weiß über immer weniger immer mehr. Am Ende alles über kaum etwas. Andererseits ist die Verpixelung des Wissens ein unhaltbarer Zustand, wenn es dem Souverän verständlich gemacht werden soll. Apple bemüht sich, seine Technik selbsterklärend zu konstruieren. Nach der Vergrößerung bedarf es einer Reduzierung von Komplexität durch Wissenschaft. Nur sie kann vereinfachen, ohne schrecklich zu vereinfachen. Wenn sie diese Mühe scheut und das Medien und Politik überlässt, heben Populisten das Haupt.

Zahlen und Diagramme sind hilfreich, aber man kann sie sich nicht über den Gartenzaun dem Nachbarn zurufen, nicht mal am Stammtisch oder in der Talk Show sinnvoll einsetzen. Hütchenspieler hantieren mit der Unfähigkeit des Normalverbrauchers, interagierende Systeme zu überblicken. Lineares Wachstum der Elemente erzeugt exponentielles Wachstum der Komplexität. Man hat belegt, dass schon vier interagierende Elemente vom Normalmenschen kaum mehr beherrschbar sind. Sie erzeugen ein Netz aus 12 Vektoren. Bei 5 Elementen sind es 22.

Es gibt auch Komplexitätsgewinnler. Es ist ein lohnendes Interessenmodell, dubiose Absichten und Produkte zu vernebeln. Niemand soll ihre Gefährlichkeit erkennen. Der Zuschauer soll nicht wissen. Er soll glauben. Der Experte verkauft nicht Aufklärung, sondern Erlösung. Er wird zum Priester, zum Gatekeeper kostbarer Geheimnisse.

Man bleibt ihm sogar treu, wenn man von ihm enttäuscht wurde. Allein zu sein, ist das schlimmere Gefühl. Trillerpfeifendemokratie sichert Gruppengefühl, aber keine Lösung. Gibt es – wie DIE ZEIT vermutet – einen Wissensvorsprung der Übelwollenden? Sie erkennen nutzbare Gesetzeslücken schneller als der Gesetzgeber.

Ein Jurist hat mal verraten: „Die Allerbesten trainieren vor allem ein Ziel: herauszufinden, wie man Gesetze umgehen kann. Einige, um den Schummlern gewachsen zu sein. Andere, um es interessengeleitet zu tun.“

Behörden, Konzerne, das internationale Finanzsystem sind Gebilde, deren Komplexität das menschliche Maß übersteigt. Sie steuern sich über statistische Wahrscheinlichkeiten. Immanente Fehler können Regelkreise bilden, die das Ganze schleichend destabilisieren und zum kaskadenartigen Zusammenbruch führen. Wir kennen das von der Rückkoppelung eines Lautsprechers, dem das Mikrofon zu nahe kommt.

Es droht ein weiteres Dilemma. Wir neigen dazu, reflexartig zu reagieren. Jeder „gegebene Anlass“ produziert neue Regeln. Der Einzelfall wird zum „Regel-Fall“. Er kommt zwar nicht häufiger vor, aber behindert nun den Normalfall. Das Regelwerk schwillt an. Das erzeugt neue Fehler.

„Was erwartet Politik von Wissenschaft und was nicht?“

Widersprüche offenlegen.

Wissenschaft kann Widersprüche offenlegen. Und wie so oft: Die Probleme stecken im Kopf. Nicht in der Realität. Ein Freund stellte mir folgende Rätselfrage: „Was ist das: Tagsüber sitzt man drauf, abends putzt man sich damit die Zähne und nachts schläft man drin?“ Ich grübelte ergebnislos, bis er sich erbarmte: „Ganz einfach: Es sind ein Stuhl, eine Zahnbürste und ein Bett.“

Mit heimlichem Neid haben westliche Unternehmer und Politiker auf die tollen Zuwachsraten in Indien und China geblickt. Parteigeführte Oligarchien mit mächtigen Staatsbetrieben bauten schneller als anderswo. Sie bekamen klare Direktiven und boomten mit billigen Krediten und Subventionen. Auch Wissenschaft ließ sich ködern. Man lebt mit falscher Kostenrechnung. Es gibt Anzeichen dafür, dass das Wachstum lahmt. Soziale Spannungen zwischen wenigen Gewinnern und vielen Verlierern nehmen zu. Umweltkatastrophen und Identitätsverluste werden sichtbar.

Bundespräsident Gauck beklagte jüngst mangelndes Fehlerbewusstsein der Wirtschaft. Der Tunnelblick der Aktionäre und Boni sei schmerzhaft. Analoges ließe sich über selbstzufriedene Fehlertoleranz der Politik anmerken, wenn sie nur auf den nächsten Wahltermin starrt, wenn sie dem Parteigegner übelnimmt, dass er Recht hat.

Hier ist Wissenschaft gefragt. Und nicht nur hier. Mit einem 10-Punkte-Katalog umriss DIE ZEIT die wichtigsten Schwebestände:

- Vertrauen in die Demokratie,
- Transparenz politischer Entscheidungen,
- Anarchie im Internet, Arbeit und Rente,
- Sanierung der Staatsfinanzen,
- Umwelt und nachhaltige Lebensweise,
- Bildungsreform,
- Familie und Geschlechtergerechtigkeit,
- Europa und Integration,
- Generationenvertrag.

Allein dieses Vokabelheft zeigt einen enormen Bedarf an wissenschaftlicher Durchdringung. Zugleich zeigt es auch griffige und begriffliche Konzentration aufs Wesentliche. Täusche ich mich, oder können deutsche Wissenschaftler diesbezüglich von angelsächsischen lernen?

In den westlichen Demokratien, speziell in Brüssel, erlebt man keinen Mangel an Einwirkung auf die politische Klasse. Es herrscht ein Überangebot. Ein Heer von Institutionen, Think Tanks und Komitees mit ihrem Hofstaat aus Wissenschaftlern, Rechtsberatern und Lobbyisten liefert Beratung en gros. In unübersichtlicher Landschaft aus 27 Mitgliedstaaten versuchen Interessengruppen, politische Prozesse zu fördern, zu modifizieren oder zu blockieren. Interessengeleitete Stellungnahmen gebärden sich als wissenschaftliche Expertisen. Sie rufen Gegengutachten auf den Plan - lösen Pseudo-Debatten aus.

- Sie wollen und sollen Trends antizipieren,
- Probleme prognostizieren,
- geeignete Maßnahmen empfehlen,
- Opposition aktivieren,
- Reformen stimulieren,
- rechtliche Voraussetzungen klären,
- Finanzierungsmöglichkeiten formulieren,
- Wirkungen abschätzen
- und Öffentlichkeit mobilisieren.

Diese Litanei macht deutlich, dass wissenschaftliche Beratung von Politik durchaus eine Grauzone besiedelt. Es geht um Analyse und Strategie, um Werte und Interessen, um Verwertung und Legitimation.

Der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Gretschmann war bis vor kurzem Generaldirektor für Wirtschaft im EU-Ministerrat. Er war übrigens ein Gründungsmitglied des Wissenschaftlichen Beirates in NRW, über den ich sprach. Später, als Chef der Wirtschaftsabteilung im Kanzleramt, war er wichtiger Mitautor am Konzept der „Neuen Mitte“ und des „Schröder-Blair-Papiers“. Er lässt sich mit dem Satz zitieren: „Wissenschaft will **nach-denken**, Politik muss **vor-denken**“. Für mich ist besonders letzteres mehr Appell als Interpretation.

„Was erwartet Politik von Wissenschaft und was nicht?“

Ich frage: Wie kommen beide Seiten der Medaille zusammen?

Sinnvolle Beratung übersetzt wissenschaftliche Erkenntnis ins Vokabular der Entscheidungsträger. Aus Expertenwissen wird Handlungswissen. Willkommen sind sachgerechte Lösungsalternativen. Theoretisch-abstrakte Abhandlungen und PowerPoint-Orgien verpuffen in den Büros der Assistenten. Ganz sicher, wenn sie eingefahrene Prozeduren und Verschaltungen ignorieren. Wer sich auf Beratungsoffenheit der Bürokratie verlässt, hat ebenfalls schlechte Karten. Der Terminkalender aller Entscheidungsträger ist randvoll. Das Durcharbeiten dickleibiger Gutachten und die Prüfung von Argumenten, Fakten und Quellen sind nicht vorgesehen.

Europäische Politik leidet nach meinen Erfahrungen unter wissenschaftlicher Verspätung. Sie agiert mit überholten Theorien und Annahmen. Wissenschaftliche Kontroversen empfindet sie als lästig. Nicht als das, was sie sein sollten: Motor des Fortschritts.

Zum Beleg muss ich nicht einmal die Agrarpolitik bemühen. Aus Berlin kennen wir das alljährliche Ritual, mit dem Wirtschaftsweisen ihr Gutachten überreichen. Man sieht es der Körpersprache der Empfänger an. Sie werden die 300 Seiten niemals lesen. Allenfalls ein zusammenfassendes Fazit wird aufgegriffen. Es wird als Erfolg der Koalition gedeutet. Man weiß ja: Die Opposition macht es ebenso.

Ich habe für diesen Vortrag bei einigen Weisen und Empfängern recherchiert. Wollte wissen, ob sich was geändert hat. Es gibt neuerdings ein vorgeschaltetes Executive Summary. Man lernt: Minister und Staatssekretäre lesen das Wichtigste aus der Zeitung. Da erfahren sie gleich auch die öffentliche Reaktion. Die Weisen erwägen, ihre Positionen stärker in der Öffentlichkeit zu vertreten. Da kommt beim Auftraggeber sicher Freude auf... Und es entsteht ein neues Dilemma.

Wo sind die aufgeklärten Medien, die das Gutachten kompetent und angemessen transportieren? Und welches Mandat legitimiert die Weisen im öffentlichen Meinungskampf? Wissenschaftler müssen achtgeben, nicht auch in den Dschungel von Lobbyisten und Interessenverbände zu geraten. Die stehen bereit, jede ihrer Aussagen in ihrem Sinn zu lesen, zu verstehen und – wenn nötig – umzudeuten.

Ich höre, solche Papiere werden weniger mit Blick auf politische Entscheidungsträger verfasst. Journalisten werden damit gefüttert. Wissenschaftliches Fast Food wird von manchen gern genommen. Es sind Instrumente im Meinungskampf. Eine Lösung kann sein: Eine große eigene Reflexion in der Wissenschaft selbst. Die kann gerne öffentlich sein. Es müssen auch nicht immer die gleichen Gesichter in den Talk Shows sitzen.

Ich habe übrigens dem Schalk in mir erlaubt, den Kerngedanken dieses Referates in meiner regelmäßigen Freitags-Kolumne zu verdichten. Das erscheint morgen im Handelsblatt. – Zweitverwertung und praktischer Versuch.

Bei der Frankfurter Buchmesse durfte ich die Festrede zur Verleihung des Deutschen Wirtschaftsbuchpreises halten. Das Privileg, vorher alle zwölf nominierten Titel zu lesen, war nötig. Sie ahnen es: Jeder ging das Thema Wirtschafts- und Finanzkrise auf überzeugende Weise an. Alle kamen zu höchst unterschiedlichen Lösungen. Mir ging es beinahe wie dem schlechten Chef: Recht hat derjenige, der zuletzt gesprochen hat.

Der Preis ging übrigens an Thomáš Sedláček für „Die Ökonomie von Gut und Böse“. Eine Expedition der Verhaltensforschung hinter die Schauwände von Politik und Wissenschaft. Dort lauert das Allzumenschliche und bringt Regelwerker zur Verzweiflung.

Aber Vorsicht! – Das erste Obama-Kabinettt dachte auch fröhlich, im neuen Zweig der ökonomischen Verhaltensforschung läge der Stein der Weisen. Man hört nicht mehr viel davon. Die Weltformel des Finanzsystems ist noch nicht gefunden. Die Krise hat uns aber gelehrt: Theorien der Volkswirtschaft sind Makulatur, wenn wichtige Konstanten, wie zum Beispiel Gier und Herdentrieb, fehlen. Nicht jedes Experiment muss man immer und immer wieder machen.

Ein Finanzminister kann sich viel wissenschaftliche Beratung sparen, wenn an seiner Bürowand zwei Sätze stehen: „Von Nix kommt nix.“ „Gib nicht ständig mehr aus, als du einnimmst.“ Das ist Erfahrungswissen. Seine Richtigkeit wurde in unzähligen Experimenten der Geschichte und Realversuchen nachgewiesen.

Manchmal hilft nur noch, Geschichten zu erzählen. Wie weit es mit der Reduktion von Komplexität gehen kann, erzählte mal Fritz Reuter. Ein Breslauer flüchtete 1848 bei Ausbruch der Berliner Revolution. Auf allen Stationen wurde er ausgefragt. Zuletzt war er heiser. Genervt sagte nur noch „Bumm!“ – Jeder verstand ihn. Dieses „Bumm“ lag schon lange in der Luft.

Lessing hatte Ähnliches auf Lager. Er erinnerte an den Evangelisten Johannes. Im hohen Alter predigte der immer kürzer. Zuletzt sprach er nur einen Satz. Der hatte es in sich: „Kindlein, liebet einander!“

In dem amerikanischen Spielfilm „Willkommen Mr. Chance“ spielt Peter Sellers den Gärtner eines reichen Magnaten. Fast sein ganzes Leben hat er hinter hohen Mauern des Anwesens verbracht. Das Fernsehen war für ihn Fiktion und Unterhaltung. Als sein Arbeitgeber stirbt, muss er hinaus in die fremde Welt. Er fällt auf durch naive Fragen und kindliches Staunen. Er gilt als Träger großer

Weisheit. Er wird persönlicher Berater des Präsidenten. Man legt ihm schwierige Probleme der Weltpolitik vor. Er antwortet mit einfachsten Sprüchen und Beobachtungen aus der Welt des Gärtners. Im neurotisierten Milieu der amerikanischen Oberschicht erscheinen sie als Orakelsprüche. Man unterwirft sich. Siehe da: Alles geht besser.

Verehrte Damen und Herren,

dies ist nicht der rechte Ort, um von den Poeten und Geschichtenerzählern die Einfachheit zu erwarten. Auch wenn wir uns danach sehnen. Ein Appell an die Gelassenheit hat nie geschadet. Vielleicht kam Einstein die Idee der Relativitätstheorie beim Geigenspiel.

Es gibt Störfaktoren im Verhältnis von Politik und Wissenschaft. Die muss man aufspüren und beseitigen. Auf beiden Seiten gab es Frustrationen. Sie dürfen nicht dazu führen, dass man sich in die Schmollecke begibt. Die ist eng und hat nur einen Ausweg: Auf einander zu. Gerade ent-täuschende Erfahrungen haben ein Gutes: Man täuscht sich nicht mehr.

Ich appelliere an die Wissenschaftler: Sie haben alle Zeit der Welt.

Politiker stehen unter Handlungszwang. Da kann man sich leicht vergaloppieren. Politiker verdienen nur selten Missachtung. Besser ist: geduldiges Erbarmen. Es lohnt sich, gelegentlich am gleichen Tisch zu sitzen und sich zuzuhören. Am Ende wird keiner dümmer sein. Ein Tellerrand ist kein Horizont. Dieser Satz ist schon fast mein Fazit. Er reduziert die Komplexität des Themas.

Zu einfach will ich es mir aber nicht machen. Unsere Natur ist auf Hoffnung und weniger auf Befürchtung angelegt. Das ist zunächst einmal positiv. Ohne die Zuversicht „Es wird schon gut gehen“, hätten Adam und Eva nicht nach der verbotenen Frucht gegriffen, wir säßen noch neben unseren Vettern auf Bäumen.

Dieser Optimismus hat eine Kehrseite. Er verführt uns, Dinge zu tun, deren Folgen wir nicht überschauen. Friedrich Dürrenmatt sagt in seinen „Physikern“: „Es gibt ein Risiko, das man nicht eingehen darf.“ Die Wissenschaft stößt immer wieder in Bereiche vor, die politisches Handeln erzwingen. Ich nenne Genmanipulation, Pränatale Diagnostik oder anarchische Strukturen im Internet. Sie wissen, dass sind nur wenige Beispiele.

Erwin Chargaff prägte den Satz: „Unter Umständen kann auch ein Genie nicht reparieren, was ein Trottel angerichtet hat.“

Globale Dimension verschärft das Problem. Nationale Grenzen bieten keinen Schutz mehr. In einem Land kann bedenkenlos geschehen, was im anderen undenkbar ist. Die politische Verantwortung des Wissenschaftlers ergibt sich aus seiner Wirkung auf die Gesellschaft. Das erklärt eine Spannung zwischen Wissenschaft und Politik.

Es kann kreative Spannung sein. Wissenschaft wird Gegenstimme zu einer politisch inszenierten Wirklichkeit. Wenn sie sich der Politik unterwirft, wandert sie aus ihrer eigentlichen Aufgabe ab. Wenn sie sich ihr entzieht, verhält sie sich unter Wert. Beide Seiten müssen einen lebberen und korrigierbaren Weg bewahren oder finden. Der beugt möglichem Schaden vor, ohne möglichen Nutzen zu verhindern.

Vielleicht gibt es ja auch im Miteinander von Wissenschaft und Politik ein Wirkungsquantum im Verhältnis von Energie und Frequenz. Ich wäre geneigt, die Wissenschaft als Teilchen und die Politik als Welle zu deuten. Unsere Ohren sind zu grob. Sonst würden wir jetzt im Jenseits ein dröhnendes Gelächter hören.

Ich danke Ihnen.